

Viele Anträge sind ^{WG A 1.7.} noch unbeantwortet

Die freien Wähler WNK UWG sehen viel Nachholbedarf. In einem Schreiben an die Verwaltung weist die Fraktion darauf hin, dass viele Anfragen und Anträge bislang unbeantwortet geblieben sind. Das betrifft den Bereitschaftsdienst für städtische Immobilien, die Gebühren für Gebäudenutzung, die flächendeckende Breitbandversorgung und die Inklusionsplanung. Die WNK UWG bittet um zeitnahe Beratung und Umsetzung der Themen. red

Parkplätze sollen ^{WG A 1.2.} wieder Thema sein

Henning Rehse, Fraktionsvorsitzender der WNK UWG, bittet die Verwaltung um einen aktuellen Sachstand bei folgenden Themen: Gestaltungssatzung, Grünflächenkataster und Parkplätze Berliner Straße. Diese Punkte sollen auf die Tagesordnung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Verkehr am Montag, 29. Februar. red

Ausschuss berät über Taubenschläge

Der Ausschuss für Umwelt und Bau wird sich in seiner nächsten Sitzung am Dienstag, 16. Februar, 17 Uhr, Bürgerzentrum, unter anderem mit Wermelskirchens Tauben beschäftigen. Die WNK UWG-Fraktion beantragt, ein Taubenhaus zu errichten. Dadurch sollen die Tauben aus der Innenstadt ferngehalten werden, da sie sich zu 80 Prozent im Taubenschlag aufhielten. Ein geeignetes Gelände stehe zur Verfügung. ^{WG A 10.02.} red

WNK UWG fordert ^{WG A 03.02.} öffentliche Diskussion

Partei will Bürger am Loches-Platz beteiligen.

Bisher war im Zusammenhang mit der Umgestaltung des Loches-Platzes vereinbart, dass die Kommunalpolitiker zwar die Entwürfe sehen und darüber diskutieren können, der Öffentlichkeit sollten die vier Vorschläge, die als punktbeste aus dem Ranking der Verwaltung hervorgegangen sind, aber erst am 20. Juni vorgestellt werden. So lange will die WNK UWG-Fraktion nicht warten.

Zur nächsten Sitzung des Ausschusses für Stadtplanung und Verkehr (StuV) am 29. Februar sollte die Beratung des Loches-Platzes eigentlich in nichtöffentlicher Sitzung fortgeführt werden. WNK UWG beantragt jedoch, dass die Thematik öffentlich beraten wird. Außerdem wird gefordert, dass die Entwürfe (mit Ausnahme der Dateien „Originalunterlagen Investor“) unverzüglich öffentlich gemacht werden, schreibt Fraktionsvorsitzender Henning Rehse in dem Antrag an Bürgermeister Rainer Bleek und den Ausschussvor-

sitzenden Bernd Schulte. Der Loches-Platz sei das wichtigste Planungsthema der Stadt und stoße deshalb auf großes Interesse bei der Bevölkerung, begründet Rehse den Antrag. Außerdem gebe es bei den anstehenden Beratungen keine Gründe, die nicht durch die Gemeindeordnung abgedeckt seien und einer öffentlichen Diskussion widersprächen. Bei der Zusammenstellung der Daten habe die Verwaltung bereits Unterschieden zwischen „anonymen“ und „personenbezogenen“ Daten, so dass keine schützenswerten Interessen der Investoren verletzt würden.

Die Investoren wüssten, dass es sich bei dem Verfahren um eine freiwillige Markterkundung ohne rechtliche Bindung handele. Das gehe aus dem Schreiben, das die Stadtverwaltung am 15. Juli 2015 den Investoren zukommen ließ, klar hervor. Einer öffentlichen Diskussion des Themas stehe laut WNK UWG also nichts im Wege. kam

WNKUWG fordert öffentliche Beratung über Loches-Platz ^{BH 10.02.}

WERMELSKIRCHEN (ser) Die Neugestaltung des Loches-Platzes ist das größte und wichtigste Projekt von Politik und Stadtverwaltung in den nächsten Jahren. Die Bewertung der zehn eingereichten Investorenpläne hat bereits für Diskussionsstoff in den politischen Fraktionen gesorgt (BM berichtete). Die Fraktion der WNKUWG beantragt jetzt in einem Schreiben an den Bürgermeister, das Thema „Loches-Platz“ in der

nächsten Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Verkehr am 29. Februar öffentlich zu beraten und die Sitzungsunterlagen wie auch Entwürfe – mit Ausnahme der Originalunterlagen der einzelnen Investoren – der Öffentlichkeit unverzüglich zugänglich zu machen.

In den anstehenden Beratungen gebe es keine durch die Gemeindeordnung abgedeckten Gründe, die eine nichtöffentliche Beratung begründen und rechtfertigen. „Man spürt in der Bürgerschaft vermehrt den Wunsch, wenn schon nicht beteiligt, so doch informiert zu werden“, sagt Fraktionsvorsitzender Henning Rehse und fügt an: „Der Verstoß gegen die Herstellung der Öffentlichkeit birgt die Gefahr, dass das gesamte Verfahren angreifbar wird.“

Loches-Platz – das Objekt der Begierde

Am 29. Februar sollen die Politiker entscheiden, wie die Pläne für die Neugestaltung weiterverfolgt werden. WNKUWG und FDP fordern eine faire Bewertung der Investorenpläne und eine öffentliche Diskussion – und sie kritisieren die Stadt.

VON SEBASTIAN RADERMACHER

WERMELSKIRCHEN Kein Thema erhitzt derzeit so sehr die politischen Gemüter wie die Neugestaltung des Loches-Platzes. Es ist das wichtigste Projekt für Wermelskirchen in den nächsten Jahren. Im Fachausschuss am 29. Februar (17 Uhr, Bürgerzentrum) sollen die Politiker entscheiden, wie die Pläne weiterverfolgt werden. Zehn Investoren haben Entwürfe für die Entwicklung dieses zentralen Platzes eingereicht (BM berichtete). Diese Pläne wurden von der Verwaltung anhand verschiedener Kriterien (u.a. Einzelhandel, Kirmesnutzung, Verkehr, Denkmal) bewertet und in einer Rangliste dargestellt.

Die Mehrheit im Stadtrat – CDU, SPD, Bürgerforum und Grüne – hat bereits erklärt, am bisherigen Verfahren festzuhalten und nun mit den besten vier oder fünf Entwürfen ins weitere Rennen zu gehen. FDP und WNKUWG hingegen fordern eine Nachbesserung – vor allem, was die Bewertung angeht. In einem Pressegespräch stellten sie gestern ihre Standpunkte dar. „Wir glauben, dass die Eignungsfindung lückenhaft war – zum Nachteil einiger Bewerber“, sagte Jürgen Manderla (FDP). Die Liberalen kritisieren, dass die Stadtverwaltung die durch das Planungsbüro Cima erstellte Bewertungsmatrix 1:1 übernommen hat, ohne einzelne Punkte selbst zu begutachten.

Und diese Cima-Bewertung sei in Teilen sehr fragwürdig, fügte Henning Rehse (WNKUWG) an.

Als ein Beispiel nannte er das Thema Kirmes: Der zurzeit erstplatzierte Entwurf (nur 61 von 80 möglichen Punkten in der Matrix) sei laut Gutachten für eine „funktionierende Veranstaltung nicht geeignet“. Der Loches-Platz biete in diesem Entwurf nur Platz für zwei Drittel der Schausteller, mehr als ein Großfahrgeschäft und ein Kinderkarussell ließen sich nicht unterbringen. „Attraktionen wie der Musikexpress und die Schiffschaukel könnten so nicht untergebracht werden“, heißt es in dem Gutachten.

Er könne nicht verstehen, dass solch ein Entwurf auf Platz eins der Rangliste stehe. „Die Vereinbarkeit mit der Kirmes sollte doch eine

Grundvoraussetzung der Entwürfe sein“, fügte Manderla an. WNKUWG und FDP seien sich zwar nicht in allen Punkten, aber in der Sache an sich einig. Was sie nicht nachvollziehen können: Warum landete der Entwurf eines örtlichen Investors, der auf Wunsch der Stadt seine Pläne abspeckte, plötzlich abgeschlagen am Ende der Rangliste? Obwohl er eine der größten Kirmesflächen eingeplant und mit 400 Parkplätzen auch die Dauerparker in die Pläne einbezogen habe – so wie es von der Verwaltung gewünscht worden sei. Es ist der Entwurf, den der Investor be-

reits vor dem Start des offiziellen Verfahrens erstellt und der Stadt vorgelegt hatte. Nach BM-Informationen gab es sogar schon einen no-

tariellen Kaufvertragsentwurf. Dann verschwanden die Pläne in der Schublade. „Der Investor soll in dem jetzigen Verfahren nicht bevorzugt behandelt werden, er soll aber eine faire Chance erhalten“, forderte Manderla. Die WNKUWG würde favorisieren, wenn das derzeitige Vergabeverfahren beendet und es eine politische Mehrheit für eine Direktvergabe geben würde. „Alternativ haben wir eine veränderte Rangliste erstellt, auf deren Grundlage weitergearbeitet werden könnte“, sagte Rehse. Auch die FDP könnte sich mit einer Direktvergabe an-

freunden. „Das würde die Entwicklung des Loches-Platzes beschleunigen“, sagte Manderla. Die Liberalen fordern aber auf jeden Fall, die aktuelle Rangliste nachzubessern, „um dem scheinbar getäuschten Investor eine faire Chance zu geben“. Dass sich andere Fraktionen auf eine dieser Möglich-

keiten einlassen, ist eher unwahrscheinlich – die Fronten scheinen verhärtet. Henning Rehse bleibt aber optimistisch: „Wir versuchen, die anderen Fraktionen mit unseren Argumenten zu überzeugen.“

FDP und WNKUWG fordern die Stadtverwaltung zudem auf, das Thema Loches-Platz in der nächsten Sitzung öffentlich zu diskutieren. Die Wermelskirchener hätten ein Recht, jetzt über die Diskussion

der einzelnen Entwürfe informiert zu werden – natürlich in codierter Form und damit unter Wahrung des Schutzes der Bewerber. „Solch ein wichtiges Projekt hinter verschlossenen Türen zu beschließen, ist ein Skandal“, meinte Rehse gestern.



BM-ARCHIV: MOLL

KOMMENTAR

Alle Fakten auf den Tisch

Die Neugestaltung des Loches-Platzes ist ein Projekt, das die Stadt Wermelskirchen in den nächsten 50 Jahren prägen wird. Umso wichtiger ist also, dass die Planung gut durchdacht ist und letztlich der Investor mit dem für Wermelskirchen besten Entwurf den Zuschlag erhält. In den vergangenen Wochen sind Stück für Stück immer mehr Informationen an die Öffentlichkeit gelangt, die bei den Bürgern für Verunsicherung sorgen und viele Fragen aufwerfen. Warum verhandelte die Stadt bereits mit einem Investor, bevor überhaupt das Bewertungsverfahren für den Loches-Platz von der Politik beschlossen wurde?

Wieso landete der Entwurf dieses Investors im Ranking plötzlich weit abgeschlagen, nachdem dieser seine Pläne nach den Vorgaben der Verwaltung abgeändert hatte? Gab es diesbezüglich keine Kommunikation zwischen Verwaltung und dem Büro Cima, die die Bewertungsmatrix erstellt hat? Gab es noch andere Absprachen, die noch nicht öffentlich wurden? Die Bürger haben ein Recht, Antworten auf solche Fragen zu erhalten – und zwar zeitnah und nicht erst dann, wenn die letzten drei Investoren mit ihren Entwürfen den „Sieg“ unter sich ausmachen.

Am 29. Februar sollte das Thema öffentlich diskutiert werden. Dabei sollten sich die Politiker noch einmal sachlich und ohne Vorurteile mit der Bewertungsmatrix auseinandersetzen.

**sebastian.
radermacher**
@bergische-
morgenpost.de



Dieser Entwurf ist glatt durchgefallen

WNK UWG und FDP fordern eine Neubewertung der Investoren-Pläne für die Umgestaltung des Loches-Platzes.

Von Karsten Mittelstädt

Bei der Planung des Loches-Platzes läuft etwas schief – und zwar gewaltig. Darin sind sich jedenfalls die beiden Fraktionen von FDP und WNK UWG einig. Konkret bemängeln sie zwei Punkte. Die von der Stadtverwaltung vorgenommene Bewertung der zehn Planungsentwürfe von Investoren sei fehlerhaft und lasse wichtige Aspekte außer acht. Außerdem fordern die Fraktionsvorsitzenden Jürgen Manderla (FDP) und Henning Rehse (WNK UWG), dass die Öffentlichkeit am wichtigsten Platz in der Innenstadt informiert wird. Am besten schon in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Stadtplanung und Verkehr (StuV) am 29. Februar.

Dann sollen die fünf Entwürfe vorgestellt werden, die in dem Bewertungsverfahren (Ranking) die meisten Punkte erhielten – allerdings in nicht-öffentlicher Sitzung. „Das Thema ist von solch großem Interesse, dass die Öffentlichkeit informiert werden sollte“, sagt

Rehse und hat Bürgermeister Rainer Bleek einen entsprechenden Antrag geschickt.

Beide Fraktionen kritisieren vor allem, dass der örtliche Investor, dessen Pläne schon vor dem Rankingverfahren bekannt waren, zu schlecht bewertet worden sei. Die fünf ersten Entwürfe hätten zwischen 50 und 61 von 80 möglichen Punkten bekommen. „Nur einer der zehn Pläne ist für die Kirmes geeignet“, kritisiert Rehse. Und der ist rausgeflogen. „Wer die für die Kirmes ungeeigneten Pläne favorisiert, muss auch sagen, wo die Kirmes alternativ stattfinden soll.“

Beide Fraktionen wollen das Vergabeverfahren stoppen

„Wir wollen hier keinen örtlichen Investor bevorzugen“, stellt Manderla in einem Pressesgespräch klar, „aber auch nicht benachteiligen“, ergänzt Rehse. „Das Bewertungsverfahren ist nicht sauber durchgeführt worden“, meint Stephan Theil, stellvertretender sachkundiger Bürger der FDP im StuV. Deshalb fordern beide

Fraktionen, dass das Vergabeverfahren so nicht fortgesetzt wird. „Es gibt für uns zwei Optionen“, sagt Rehse. Die erste ist, den Loches-Platz in der Direktvergabe an einen Investor zu vergeben. Das habe mehrere Vorteile, argumentieren Manderla, Rehse, Theil sowie Dagmar Eppert (FDP) und Rüdiger Bornhold (WNK UWG) in dem Pressesgespräch. So würden dem Investor bereits einige Grundstücke gehören. Nicht zuletzt habe er als ortsansässiger Investor größeres Interesse an einem Erfolg des Projektes und sichere Arbeitsplätze, indem er regionale Unternehmen beim Bau beteilige. Das müsse bei der Bewertung auch eine Rolle spielen, sagt Theil, der mit Bornhold kritisiert, dass die Verwaltung den Gutachtern die Bewertung weitgehend überlassen habe. Rehse sieht noch einen anderen Vorteil der Direktvergabe: „Das würde das Verfahren sicher um sechs bis neun Monate beschleunigen.“

WNK UWG und FDP würden sich als weitere Option aber auch mit einem geänderten Bewertungsverfahren einverstanden erklären, wenn der ortsansässige oder alle Investoren die Chance zur Nachbesserung bekämen.

DAS BEWERTUNGSVERFAHREN

WFA 17.02.16

AUSGANGSLAGE Der Loches-Platz soll schon lange umgestaltet und aufgewertet werden. Die Funktionalität für Kirmes und als Marktplatz sollen erhalten bleiben.

BEWERTUNGSKRITERIEN Die Verwaltung entwickelte einen Kriterienkatalog mit einem Punktesystem, das von der Politik verabschiedet wurde. Für die Einzelhandelskonzeption gab es beispielsweise vierfache Punktzahl, in Bezug auf die Kirmesnutzung drei-

fache Punktzahl, für die Parksituation und die Anbindung an den fließenden Verkehr dreifache Punktzahl. Maximal 80 Punkte konnten erreicht werden.

RANKING Der erste Platz von zehn Entwürfen erhielt 61 Punkte. Zu diesem Entwurf wird ausdrücklich vermerkt, dass der Plan aus Kirmessicht ungeeignet erscheint. Platz zwei erhielt 58 Punkte, die Entwürfe drei bis fünf 53, 52 und 50 Punkte.

Ob die beiden Fraktionen mit insgesamt elf Ratsmandaten sich durchsetzen können, ist fraglich. Sowohl SPD, CDU, Grüne und BüFo haben bereits erklärt, an dem Rankingverfahren so wie es vereinbart worden sei, festzuhalten.

Manderla: Wir brauchen einen Plan für die nächsten 50 Jahre

Rehse und Manderla können das nicht nachvollziehen. „Es geht hier doch nicht darum, irgendwelche Ideologien durchzusetzen“, sagt Rehse und Manderla fügt hinzu: „Wir sehen das zwar weniger emotional als die WNK UWG, aber in der Sache sehen wir das ähn-

lich. Wir brauchen hier eine Lösung für die nächsten 50 Jahre, und zwar für ein Filetstück im Stadtgebiet.“

Dagmar Eppert nennt einen weiteren Aspekt, bei dem der örtliche Investor benachteiligt worden sei. Er hatte in seinem ersten Plan auch Wohnbebauung vorgesehen, was WNK UWG und FDP als vorteilhaft ansehen, um den innerstädtischen Platz mit Leben zu füllen. Wohnbebauung sei aber nicht gewollt, habe ihm die Verwaltung mitgeteilt. „In den Plänen anderer Investoren, die im Ranking weiter vorn liegen, sei aber Wohnbebauung vorgesehen.“

» Standpunkt



Dieser Plan des örtlichen Investors ist durchgefallen. Die von der Verwaltung gewünschte Nachbesserung habe die Position im Ranking sogar verschlechtert, sagt Henning Rehse. Grafik: Investor

Pläne endlich veröffentlichen

Von Karsten Mittelstädt

Welcher Entwurf für den Loches Platz ist der Beste? Weder die Ratsmitglieder noch die Mitarbeiter der Verwaltung wissen es – und die haben die Pläne der Investoren zum Teil bereits gesehen. Die meisten Wermelskirchener können dagegen nur rätseln, wie denn „ihr“ Loches-Platz in Zukunft aussehen wird. Dabei sollte ihr Urteil das Wichtigste sein. Schließlich wird der Platz nicht für ein paar Dutzend Ratsmitglieder oder Verwaltungsmitarbeiter umgestaltet, sondern um die Stadt attraktiver und lebenswerter zu gestalten – und zwar für alle Bürger. Doch die Öffentlichkeit wird zuletzt informiert. So ist jedenfalls der Plan. Sollten tatsächlich rechtliche Gründe

verantwortlich sein, dass die Pläne bislang nur hinter verschlossenen Türen diskutiert werden, dann hat die Verwaltung bei dem Vergabeverfahren tatsächlich etwas falsch gemacht. Nur eine frühzeitige Information der Bürger schafft Akzeptanz. Dafür zu sorgen, dass alle Wermelskirchener einen Blick auf die (anonymisierten) Entwürfe werfen können, ist Aufgabe von Bürgermeister Rainer Bleek. Er ist im Wahlkampf schließlich angetreten mit der Aussage für mehr Transparenz sorgen zu wollen.

» Dieser Entwurf...



karsten.mittelstaedt
@rga-online.de

Satzung zur Transparenz wird beraten

Wermelskirchen wird keine sogenannte Transparenzsatzung bekommen, wenn es nach dem Wunsch der Verwaltung geht. Die WNK UWG-Fraktion hatte im Dezember den Antrag gestellt, eine solche Satzung einzuführen. Anlass sei ein Schreiben des Bundes der Steuerzahler (BdSt) gewesen, der eine Mustersatzung an die Kommunen verschickt hatte. In einer Transparenzsatzung gibt die Verwaltung vor, welche Informationen sie Bürgern zur Verfügung stellt. Nach Ansicht der Verwaltung ist die Satzung nicht nötig. Selbst die vom BdSt als vorbildlich benannten Städte hätten keine Transparenzsatzung. Die Schaffung von Transparenz durch Erweiterung des Internetangebotes sei ein Prozess, der nicht von heute auf morgen mit Erlass einer Satzung umgesetzt werden könne. Die Verwaltung rät dringend ab, eine solche Satzung zu erlassen. Am 22. Februar entscheidet der Haupt- und Finanzausschuss über den Antrag. kam

Ist Fläche an der B 51 ungeeignet für einen Freizeitpark?

WERMELSKIRCHEN (ser) Ist die Fläche an der B51 (zwischen Lidl und Fußgängerbrücke über die Dellmannstraße) doch nicht geeignet für einen Freizeitpark mit integrierter Skateanlage? Diese Frage stellt jetzt die WNKUWG-Fraktion an den Bürgermeister zur nächsten Sitzung des Ausschusses für Sport, Freizeit und Tourismus am kommenden Dienstag. „Kann besagte Anlage auf dem Grundstück überhaupt errichtet werden, obwohl keine Anbindung für Rettungsfahrzeuge an das öffentliche Verkehrsnetz gegeben ist?“, fragt Norbert Kellner für seine Fraktion. Außerdem möchte er wissen, wo für eine solche Anlage die erforderlichen Stellplätze nachgewiesen werden könnten und ob hinsichtlich des Lärmschutzes genügend Abstand zur Wohnbebauung bestehe. Geschäftsführer Christoph Messink hatte mitgeteilt, dass auch das Autohaus an der Fläche interessiert sei und gerne eine Aufbereitungshalle und ein Reifenlager errichten würde. Die Stadt sagte, dass erforderliche Grundstücksverhandlungen noch nicht beendet seien.

Antrag für Erhalt der Parkplätze am Weihnachtsbaum

WERMELSKIRCHEN (ser) Anlieger, Dienstleister und Kunden beklagen sich, dass die bis zu zwölf Parkplätze am großen Weihnachtsbaum vor kurzem weggefallen sind und die Stadt diese Fläche mit Pollern und Baken abgesperrt hat. Darauf weisen die Fraktionen von FDP und WNKUWG in einem Antrag für die nächste Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Verkehr am Montag, 29. Februar, hin. Beide Fraktionen setzen sich dafür ein, dass das Parken auf dem Platz wieder zugelassen wird – dies sollen die Politiker im Fachausschuss beschließen. Eine weitere Begründung des Antrags erfolge in der Sitzung. Seit knapp drei Wochen können Autofahrer am Weihnachtsbaum nicht mehr parken. Die Stadt bezieht sich auf einen politischen Beschluss aus dem Jahr 2011, der besagt, dass dort nur für den Zeitraum der Bauarbeiten am Markt und der Oberen Remscheider Straße Parkplätze eingerichtet werden. Parkende Autos werden dort ab sofort nicht mehr geduldet, es sei jetzt wieder eine Platzanlage, keine Parkfläche.

FDP und WNK stellen Antrag für Parkplatz

Auf dem Parkplatz unter dem Weihnachtsbaum soll Parken wieder möglich sein. Das zumindest wollen FDP- und WNK/UWG-Fraktion. Sie stellen einen gemeinsamen Antrag für den Ausschuss für Stadtentwicklung und Verkehr (STuV) am 29. Februar. „Nachdem die Baumaßnahmen in der Innenstadt abgeschlossen sind, hat die Verwaltung den Platz vor einigen Tagen fürs Parken wieder gesperrt“, schreiben die Fraktionsvorsitzenden Hans Jürgen Manderla und Henning Rehse. Anlieger, Dienstleister und Kunden würden diese Sperrung beklagen. WNK acs

Stadt beschäftigt sich mit Antrag zu Taubenhaus

WERMELSKIRCHEN (ser) Nach Vorbild-Projekten in Wuppertal und anderen Städten soll auch in Wermelskirchen zunächst einmal ein Taubenhaus errichtet werden. Die Stadtverwaltung wird sich in den nächsten Wochen mit einem entsprechenden Antrag der WNKUWG-Fraktion befassen – das beschlossen die Politiker im Fachausschuss mehrheitlich. Vielen Bürgern ist vor allem der Taubenkot auf den Gehwegen und Plätzen ein Dorn im Auge. Durch ein Taubenhaus sollen die Tauben aus der Innenstadt gelockt werden. Für das erste Taubenhaus in Wermelskirchen würden Sven Schulte und dessen Mutter das ehemalige Gärtnerhaus auf dem Rhombus-Gelände an der B51 kostenfrei zur Verfügung stellen.

Stadt sucht Fördermittel für Inklusionshelfer-Projekt DK 10.02

WERMELSKIRCHEN (ser) Die Stadt Wermelskirchen setzt zurzeit alle Hebel in Bewegung, damit das Inklusionshelfer-Projekt an den Grundschulen und der Sekundarschule fortgesetzt werden kann. Dem Projekt droht das Aus, weil die Fördermittel des Landes (pro Jahr etwa 57.000 Euro) im Mai aufgebraucht sein werden. Städtische Haushaltsmittel können nicht bereitgestellt werden. (BM berichtete) „Wir müssen jemanden finden, der dieses Projekt bezuschusst“, sagt Sozialdezernent Jürgen Graef, der im Schulausschuss über das drohende Aus informierte.

Seit Beginn des laufenden Schuljahres unterstützen mehrere Inklusionshelfer an den Grundschulen und auch der Sekundarschule Kinder und Jugendliche mit besonderem Förderbedarf. Sie sind für die Schüler feste Bezugspersonen und verfolgen das Ziel, sie in die Schulgemeinschaft einzugliedern und ihre lebenspraktischen, intellektuellen und sozialen Fähigkeiten zu verbessern. Die Stadt hat in Zusammenarbeit mit den Schulen und der Lebenshilfe ein Konzept zur Inklusionshilfe an den Schulen erarbeitet. „Das Konzept ist super, das Projekt findet über die Stadtgrenzen hinaus Beachtung“, betont Graef und fügt

an: „Schulen, Eltern und auch der Träger sind einfach nur begeistert. Es wäre sehr schade, wenn das Projekt mitten im Jahr sterben müsste. Wir kämpfen weiter.“ Er betont, dass nicht nur Schüler mit einer Behinderung einen erhöhten Förderbedarf haben, sondern auch Flüchtlingskinder, die traumatisiert nach Wermelskirchen kommen.

Die Verwaltung wird die Suche nach Fördermitteln in den nächsten Wochen noch einmal intensivieren. Graef hatte gestern bereits bei der Bezirksregierung nach – ohne Erfolg. Er wird nun Stiftungen kontaktieren und auch beim Landschaftsverband Rheinland (LVR) anfragen. Auch kurz vor dem Ablauf der Frist Ende Mai könne noch

„Es wäre sehr schade, wenn das Projekt mitten im Jahr sterben müsste – wir kämpfen weiter“

Jürgen Graef, Sozialdezernent

eine Lösung gefunden werden, dann müsse der Rat einen Dringlichkeitsbeschluss fassen.

Die WNKUWG hat gestern einen Antrag gestellt, dass die Verwaltung den LVR um Unterstützung bitten und vorsorglich als letzte Lösung die benötigten 80.000 Euro für 2016 im Haushalt bereitstellen soll, um die Zukunft des Inklusionshelfer-Projekts zu sichern. „Der Antrag wird am kommenden Donnerstag im Ausschuss für Soziales und Inklusion diskutiert“, kündigt Graef an.

Loches-Platz-Pläne werden nicht öffentlich diskutiert BM 10.02.

WERMELSKIRCHEN (ser) Die Bewertung der einzelnen Investorenpläne für die Neugestaltung des Loches-Platzes durch die Politik wird unter Ausschluss der Öffentlichkeit erfolgen. Die Stadtverwaltung hat das Thema in den nichtöffentlichen Teil der Tagesordnung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Verkehr am Montag, 29. Februar, gesetzt. Für die nicht-öffentliche Verhandlung sprechen laut Stadt sowohl Gründe des Gemeinwohls als auch Rechte Dritter, heißt es in einem Schreiben an die WNKUWG. Die Fraktion hatte mit der FDP eine öffentliche Bewertung gefordert.

„Sofern der Punkt im nichtöffentlichen Teil der Sitzung beraten und entschieden wird, werde ich Sie umgehend auffordern, die Beschlüsse zu beanstanden, da ein Verfahrensfehler hinsichtlich der Herstellung der Öffentlichkeit vorliegt“, teilte Henning Rehse, Fraktionsvorsitzender der WNKUWG, Bürgermeister Rainer Bleek in einem Schreiben mit. Auch die mögliche Verlegung des Punktes zu Beginn der Sitzung in den öffentlichen Teil der Sitzung könne diesen Fehler nicht heilen, „da die Öffentlichkeit bei Einladung zur Sitzung nicht hergestellt wurde und die anonymisierten Unterlagen für Interessierte nicht zugänglich waren“. Er könne nicht verstehen, wieso die Bewertung der zehn Entwürfe nichtöffentlich erfolgen soll und später die „Top fünf“ plötzlich öffentlich diskutiert werden sollen.

Loches-Platz: Beratung ohne Öffentlichkeit WKA 10.07.16

Es bleibt dabei: Die Entwürfe zur Umgestaltung des Loches-Platzes werden in der Sitzung des Ausschusses für Stadtplanung und Verkehr am Montag, 29. Februar, in nichtöffentlicher Sitzung beraten. Das entschied Bürgermeister Rainer Bleek.

Die Stadt wolle nicht das Gemeinwohlinteresse gefährden, indem für die Stadt nachteilige Marktabsprachen stattfänden, schreibt Bleek. Durch die öffentliche Diskussion würde zudem die Wettbewerbsposition der Stadt geschwächt und das Gesamtverfahren gefährdet, wenn Geschäftsgeheimnisse Dritter öffentlich gemacht würden. Die Stadt wolle uneingeschränkten Wettbewerb,

und das sei nur in einer nicht-öffentlichen Beratung zu gewährleisten.

WNK UWK Fraktionsvorsitzender Henning Rehse, der laut Bleek bereits die Kommunalaufsicht eingeschaltet hat, will die Beschlüsse beanstanden, wenn sie nicht-öffentlich gefasst werden, da dies seiner Meinung nach ein Verfahrensfehler ist. Die Öffentlichkeit soll erst in Phase 2 beteiligt werden, wenn die Zahl der Entwürfe von jetzt zehn auf vier bis fünf reduziert worden ist. Rehse möchte von Bleek wissen, warum die Gründe für die nicht-öffentliche Beratung dann keine Gültigkeit mehr haben, wenn es nur noch um vier oder fünf Entwürfe geht. kam

Stadt diskutiert über Tauben

WNK UWG will ein Haus für die Vögel. Die Verwaltung sieht dafür hingegen gar keinen Grund.

Von Karsten Mittelstädt

Eine Schwalbe macht noch keinen Sommer – und ein paar Tauben machen noch keine Plage, möchte man hinzufügen. Gibt es ein Taubenproblem in der Stadt? Die Fraktion WNK UWG und Bürgerforum meinen Ja. Beigeordneter Jürgen Graef sagt dagegen klipp und klar: „Es gibt kein Taubenproblem in Wermelskirchen.“ Und Uwe Wandel sowie Monika Küper schreiben in einem Brief an die Redaktion: „Für solch einen Mumpitz ist also Geld da!“

Anlass für die Diskussion über Tauben ist ein Antrag, den die WNK UWG-Fraktion schon im Oktober vergangenen Jahres gestellt hatte. Darin wird vorgeschlagen, nach dem Vorbild von Wuppertal und anderen Städten ein Taubenhaus zu errichten. Zwar seien Stadttauben für viele Menschen selbstverständlich, allerdings hinterlassen die Tiere Kot, etwa 10 bis 12 Kilogramm pro Jahr, schreibt Fraktionsvorsitzender Henning Rehse in dem Antrag.

Fütterungsverbote helfen meist nicht weiter, weil sich nicht alle daran halten. Die Lösung könnte aus WNK UWG-Sicht in einer ausreichenden Anzahl von Taubenschlägen an von Tauben stark frequentierten Plätzen sein. Das ehemalige Gärtnerhaus auf dem Rhombus-Gelände stünde kostenfrei zur Verfügung. Das Gärtnerhaus könne mit geringen Mitteln umgebaut werden. Die Betreuung und Versorgung der Tiere würde der Tierschutzverein Wermelskirchen übernehmen.



Sie sind fast immer da, aber selten in großer Zahl. Die Stadttauben halten sich gern in der Nähe des Rathauses auf.

Foto: Karsten Mittelstädt

„Es gibt Tauben in der Stadt, ja“, meint Graef. Aber das sei eine Population von vielleicht 30 bis 50 Köpfen, von einem Taubenproblem könne man da nicht wirklich sprechen. Die Tiere hielten sich ohnehin nur in der Stadt auf, weil sie an ei-

nigen Stellen immer wieder gefüttert wurden. An der Einfahrt zur Tiefgarage des Rathauses beobachtet er das selbst. Weitere „Futterstellen“ seien auf der Telegraf- und der Thomas-Mann-Straße. Wenn man überhaupt von ei-

nem Problem sprechen könne, dann in dem Durchgang in Höhe Telegrafstraße 4 zur Kölner Straße. Dort hinterlassen Tauben eine teils dicke Kotschicht. „Aber das zu entfernen, ist Sache des privaten Eigentümers und nicht der

GEBURTENKONTROLLE

IDEE Die WNK UWG schlägt in einem Antrag vor, Taubenschläge aufzustellen. Dort sollten, ohne dass die Tiere es merken, die bebrüteten Eier gegen Gips oder Plastikeier ausgetauscht werden. Durch diese gesteuerte Geburtenkontrolle werde die Population gestoppt. Die Brutzeit bei Tauben beträgt 17 bis 18 Tage.

Stadt“, erklärt Graef. Abschließend behandelt ist das Thema noch nicht. Im Ausschuss für Bau und Umwelt meinte Oliver Platt (Büfo), das sei zwar ein spannendes Thema, er wolle aber vorher wissen: „Was kostet das?“ Die Mehrheit im Ausschuss (ohne Büfo) beauftragte die Stadtverwaltung, das Thema weiter zu verfolgen.

Uwe Wandel: In Bürgersteige investieren statt in Tauben

So ganz ernst nehmen können die WGA-Leser Uwe Wandel und Monika Küper das Thema nicht, gleichwohl sind sie verärgert. Niemandem in der Stadt dürfte entgangen sein, dass es viele sanierungsbedürftige Bürgersteige gibt, zum Beispiel Jörgensgasse, Thomas-Mann-Straße und Königsstraße. „Das ist vor allem für ältere und gehbehinderte Menschen untragbar“, sagt Wandel. Statt Grundlegendes anzugehen, werde über Kunstrasen diskutiert, und für die weitere Finanzierung der Awo-Kita sei aber kein Geld da, kritisiert er.

Um die Tauben aus der Innenstadt zu verbannen, reiche es, den vielen Taubenfütterern das Füttern zu untersagen. „Wer also lieber sinnlos in Tauben investieren will, anstatt in wichtigere Dinge wie unsere Zukunft, die Kinder und das Wohl der Bürger, gehört ins Tollhaus“, schreibt Wandel.

» Standpunkt

Heute

Freizeitpark und Kunstrasen stehen im Fokus



Hier könnte der Freizeitpark entstehen.

Foto: Mittelstädt

Wichtigster Tagesordnungspunkt in der heutigen Sitzung des Ausschusses für Sport, Freizeit und Tourismus dürfte der Antrag von WNK UWG zum Thema Freizeitpark sein. Es geht aber auch um die künftigen Kunstrasenplätze in Höferhof und im Eifgen. Dazu liegt ein Vorschlag der CDU-Fraktion vor, mit dem die Plätze zum Teil finanzierbar seien. red

STANDPUNKT

Anrufen geht schneller

Von Karsten Mittelstädt

Mal wieder gilt für die Fraktion WNK UWG, die sich um jedes echte oder auch nur vermutete Problem in der Stadt kümmert: Gut gemeint, aber übers Ziel hinausgeschossen. Sicher, der Taubendreck ist nicht schön. Massiv ist er aber nur in der Passage zwischen Telegraf- und Kölner Straße zu sehen. Und Gebäudeschäden wie beispielsweise in Köln, die durch den Kot verursacht werden, sind in Wermelskirchen nicht zu beobachten. Was soll die Aufregung also? Die paar Tauben, die ab und zu durch die Innenstadt flattern, sind doch wirklich kein Problem. Jedenfalls in Relation zu den Aufgaben, die die Stadt vor sich hat. Uwe Wandel hat recht, wenn er fragt: Hat die

Stadt keine anderen Probleme? Hat sie. Zum Beispiel, wenn die knappen Personalressourcen der Verwaltung durch solche Anträge gebunden werden. Denn die Mitarbeiter, die prüfen, ob ein Gartenhaus als Taubenschlag in Frage kommt, oder die Standorte für Taubenschläge ermitteln, könnten in dieser Zeit auch Sinnvolles tun. Manche Anregungen kann man, wie in anderen Kommunen auch, mit einem Anruf im zuständigen Fachamt erledigen, das geht schneller, allerdings ohne Publikum. » Stadt diskutiert ...



karsten.mittelstaedt
@rga-online.de

Unterschriftenaktion für die Parkplätze

Seit dem Wegfall der Stellflächen unterm Weihnachtsbaum schimpfen viele Bürger in den Geschäften. Hanne Wischnat ist aktiv geworden: Nun liegen in fünf Geschäften bis Samstag Listen aus, damit dort wieder Parkfläche hergerichtet wird.

VON UDO TEIFEL

WERMELSKIRCHEN Es wird diskutiert, es wird gemeckert, es wird geschimpft. Geschäftsleute entlang der Carl-Leverkus-Straße müssen sich einiges anhören, woran sie eigentlich nicht Schuld sind. Geschimpft wird in der Kundschaft über die weggefallenen Parkplätze. Die Stadtverwaltung hatte in der ersten Februar-Woche die acht Plätze unterm Weihnachtsbaum entfernt. Ersatzlos. Doch Hanne Wischnat („Hanne's Blumenstube“) nimmt dies nicht so hin. Die rührige Geschäftsfrau ist aktiv geworden und hat Unterschriftenlisten ausgelegt, um den Antrag von FDP und WNKUWG zur Wiederherstellung dieser Parkplätze zu unterstützen.

Die acht markierten Parkplätze sind Anfang Februar endgültig weggefallen. Die Stadtverwaltung argumentiert, dass diese Plätze eingerichtet wurden als Ersatzfläche während des Umbaus Markt und Obere Remscheider Straße. Laut Fachausschuss-Beschluss aus 2011 müssen diese provisorischen Parkplätze nach Fertigstellung entfernt werden. Das nehmen WNKUWG



Hanne Wischnat („Hannes Blumenstube“) hat bereits mehr als 100 Unterschriften zum Erhalt der Parkplätze an der Obere Remscheider Straße gesammelt.

BM-FOTO: MOLL

BH
24.01.16

und FDP nicht hin. Im Fachausschuss am kommenden Montag liegt ihr Antrag vor, diese Parkplätze wieder herzustellen.

Der Unmut von Bürgern, die als Kunden gerade in den unteren Stadtteil-Bereich wollen, wird immer lauter. Hanne Wischnat: „Die Kunden stehen hier im Laden, sind verärgert und schimpfen über die Entscheidung der Stadtverwaltung. Die Kunden halten das Vorgehen, die Plätze zu entfernen, für unmöglich.“ Selbst am Valentinstag wurde heftigst darüber diskutiert. Wischnat: „Diese Fläche wäre ideal für Kurzzeitparker.“ Nach der Berichterstattung in der Bergischen Mor-

genpost ist sie aktiv geworden. „Ich habe dann die Antragsteller angerufen und gefragt, wie ich sie unterstützen kann.“ So sei es zu der Unterschriftenaktion gekommen. Und die Kunden würden sie fleißig unterstützen. „In den wenigen Tagen, die die Liste ausliegt, sprechen sich schon mehr als 100 Bürger für den Erhalt aus. Und das nur bei mir.“

Listen liegen auch aus bei anderen Geschäftsleuten an der Carl-Leverkus-Straße: Lotto Pappas, Rumpelstilzchen, Bergische Apotheke und Café Wild. „Die Listen liegen noch bis Samstag aus. Wer unser Anliegen als Bürger unterstützt,

sollte schnell unterschreiben. Die Listen wollen wir für die Fachausschuss-Sitzung am Montag, 29. Februar, abgeben. Dann steht der Antrag auf der Tagesordnung.“

Völlig unklar sei ihr, warum eine Teilfläche am Weihnachtsbaum nicht weiter mit acht Parkplätzen belegt werden darf. „Darauf habe ich noch keine Antwort bekommen. Gesagt wird mir nur immer, die Fläche sei mit öffentlichen Mitteln finanziert worden. Aber nach 30 Jahren, und so lange bin ich an der Carl-Leverkus-Straße mit meinem Geschäft, müsste doch die Bindungsfrist für diese Fläche abgelau-

fen sein“, sagt sie. Zudem gebe es auf der Carl-Leverkus-Straße keinen Parkplatz. „Wo sollen die Kunden denn mal eben kurz anhalten können?“

Positive Resonanz gibt es auch im Café Wild. Auch dort liegt seit dem Wochenende die Liste aus. Thomas Wild berichtet von „Begeisterungstürmen“ der Kunden. „Wir hören von unseren Kunden immer wieder, dass das Parken hier eine Katastrophe ist“, sagt er. Und für ihn sei ein leerer Platz nicht das Aushängeschild von Aufenthaltsqualität. „Ich sehe Aufenthaltsqualität, wenn die Menschen in die Stadt kommen.

Dafür müssen sie aber auch parken können.“ Sein Vater Horst Wild ergänzt: „Der Platz würde doch erhalten bleiben. Für acht Parkplätze wird doch nur eine Reihe benötigt.“ Er stellt auch die Frage, wie die Fläche sonst genutzt werden solle. „Ich sehe dort niemanden, der sich aufhält.“

Am Weihnachtsbaum sollte lieber eine Kurzparkzone von einer halben Stunde eingerichtet werden. Und die neuen Parkplätze am Abrisshaus Taubengasse? „Das sind doch keine neuen Parkplätze. Die alten wurden jetzt mit Parkschildern versehen, und nun gibt es dort Knöllchen.“



Eine Mehrheit aus vier Fraktionen will die Eintrittspreise ins Quellenbad weniger stark erhöhen als die Verwaltung. Archivfoto: Hans Dieter Schmitz

Quellenbad: Eintritt moderat erhöhen WG 24.02.

Die Tageskarte würde 50 Cent teurer.

Die Eintrittspreise des Quellenbades sind auf dem Niveau von 2005. Das will die Stadtverwaltung ändern und die Preise um 35 Prozent anheben. Der Vorschlag sollte gestern im Sportausschuss beschlossen werden.

Wurde er aber nicht, denn CDU, SPD, WNK UWG und Grüne legten einen gemeinsamen Änderungsantrag vor. Danach sollen die Preise zunächst moderater angehoben werden. Die Verwaltung will den Eintrittspreis zum Beispiel für Erwachsene von drei auf vier Euro anheben. „Damit sind wir immer noch preiswerter als alle Bäder im Umkreis“, sagte Stadtkämmerer Bernd Hibst. Er selbst habe bei einem Besuch im Burscheider Bad, das allerdings luxuriöser sei, 14,50

Euro für den Tag bezahlt. Dennoch war den genannten Fraktionen die Preiserhebung zu stark. Sie möchten die Erhöhung um 50 Prozent reduzieren, also den Tagespreis für Erwachsene auf 3,50 Euro festlegen. Zunächst. Sollten die Besucher nach der Preiserhöhung wegbleiben, bliebe es bei der moderaten Erhöhung.

Ansonsten, so erläuterte Norbert Kellner (UWG WNK) den Antrag, könne im nächsten Jahr in einem zweiten Schritt der Eintritt auf vier Euro erhöht werden. Oliver Platt (Büfo) gab zu Bedenken, dass dadurch immerhin 25 000 Euro im Haushalt fehlen. Weil er den erst gestern vorgelegten Antrag noch in seiner Fraktion beraten will, wurde noch nicht abgestimmt. kam

Freizeitpark an B 51 - Verwaltung führt weitere Gespräche BH 24.02.

WERMELSKIRCHEN (ser) Die Stadtverwaltung steht weiterhin in Kontakt zu Anliegern, die von dem Bau eines Freizeitparks mit integrierter Skateanlage auf der Fläche zwischen Lidl-Markt und der Brücke über die B51 betroffen wären. Das teilte Beigeordneter Jürgen Graef gestern Abend im Ausschuss für Sport, Freizeit und Tourismus auf Anfrage der WNKUWG-Fraktion mit. Letztere sieht das Grundstück nicht als optimale Lösung für eine Freizeitanlage, weil zum Beispiel keine Anbindung für Rettungsfahrzeuge gegeben ist. Zudem sei unklar, wo die erforderlichen Stellplätze nachgewiesen werden können und ob hinsichtlich des Lärmschutzes genügend Abstand zur Wohnbebauung besteht. Zu diesen Themen konnte Graef gestern im Fachausschuss keine Stellung beziehen. „Solche Fragen können erst im konkreten Planungsprozess beantwortet werden. So weit sind wir aber noch nicht“, sagte Graef und fügte an: „Erst wenn die Gespräche mit den Anliegern abgeschlossen sind, können wir sagen, ob die Fläche für eine solche Anlage geeignet ist oder ob wir der Politik möglicherweise Alternativen vorschlagen.“

Verwaltung arbeitet bereits transparent WG 25.2.

Die Fraktion WNK UWG will mehr Transparenz. Deshalb stellte sie Ende vergangenen Jahres den Antrag, die Stadt möge die vom Städte- und Gemeindebund vorgeschlagene Transparenzsatzung verabschieden. Offenbar arbeitet die

Verwaltung in Wermelskirchen schon transparent genug, denn Henning Rehse zog den Antrag in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses zurück. Viele Dinge, die gefordert werden, „haben Sie schon gemacht“, sagte er. kam

Freizeitpark-Fläche ist begehrt WGA 25.02.

Viele offene Fragen zum Freizeitpark werden noch nicht beantwortet.

Von Karsten Mittelstädt

Vier Fragen hat die WNK UWG-Fraktion im Zusammenhang mit dem geplanten Freizeitpark an der Dellmannstraße, zwischen Ende des Bahntrassenweges in Höhe des Fußgängerüberweges Am Wasserturm und dem Parkplatz Lidl, der Stadtverwaltung in einer Anfrage gestellt. Keine der Fragen kann Beigeordneter Jürgen Graef beantworten – jedenfalls noch nicht zum jetzigen Zeitpunkt.

„Die Fragen können erst im Laufe des Planungsprozesses beantwortet werden“, sagte Graef. WNK UWG will wissen, ob das Gelände überhaupt geeignet ist, obwohl keine Anbindung für Rettungsfahrzeuge existiert. Wo können Stellplätze realisiert werden und gibt es genügend Abstand zur Wohnbebauung, lauten weitere Fragen.

Die Frage des Lärmschutzes müsse über ein Gutachten festgestellt werden. „Wenn die Anlage dort errichtet wird, müssen da auch Rettungsfahrzeuge hin können“, erklärte Graef. Derzeit fänden Gespräche mit den Anliegern statt, die noch nicht abgeschlossen seien. Zudem gehe die Stadt der Frage nach: Gibt es eine Alternative

zu dem Grundstück? Das ist nicht nur vom Verein Rollrausch begehrt, der angeregt hatte, dort eine Freizeitanlage zu bauen. Auch die beiden anliegenden Autohäuser Messink und Hildebrandt haben Interesse an dem Grundstück. „Wir sind schon seit sicher zehn Jahren an dem Grundstück interessiert“, sagte Bernd Hildebrandt, Geschäftsführer des gleichnamigen Autohauses. Hildebrandt liegt zwar an der Berliner Straße, hat aber keine

Front zur Straße und möchte deshalb eine Ausstellungsfläche zur Dellmannstraße hin. Bislang habe man sich aber nicht mit der Stadt, der einige der Grundstücke dort gehören, einigen können. Auch Christoph Messink vom benachbarten Autohaus versicherte dem WGA, Interesse an dem Grundstück zu haben. Laut Angaben von Norbert Kellner (WNK UWG) habe das Grundstück einen Wert von rund 300 000 Euro.



Die Firma Messink (im Vordergrund) und dahinter das Autohaus Hildebrandt sind auch interessiert an diesem Gelände. Foto: Mittelstädt